



**Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrags/Angebots (AzA)
im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb**

Beschaffung von 21 Solo-BEV-Bussen

für die

Neunkircher Verkehrs GmbH

Version: V-00

Stand: 29.06.2026

Inhalt

1. Auftraggeber, Vergabestelle und Ansprechpartner	5
1.1. Auftraggeber	5
1.2. Vergabestelle	5
1.3. Ansprechpartner	5
2. Gegenstand der Vergabe	5
3. Art der Vergabe	5
4. Wettbewerbsbeschränkungen	5
5. Kommunikation mit der Vergabestelle.....	5
6. Hinweise zur Erstellung des Teilnahmeantrags bzw. Angebots	6
6.1. Verfahrenssprache.....	6
6.2. Nebenangebote, mehrere Hauptangebote	6
6.3. Zuschlags- und Bindefrist	6
7. Verfahrensablauf	6
7.1. Erste Phase: Teilnahmewettbewerb.....	6
7.2. Zweite Phase: Abgabe eines verbindlichen Erstangebots	7
7.3. Dritte Phase: Verhandlungen und verbindliche Folgeangebote (bei Bedarf).....	8
8. Angaben zum Bewerber/Bieter und zur Eignung	8
8.1. Unternehmensangaben	8
8.2. Bewerber-/Bietergemeinschaft	8
8.3. Unteraufträge	9
8.4. Kapazitäten anderer Unternehmen (Eignungsleihe)	9
8.5. Eignungskriterien	9
8.5.1. Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung	10
8.5.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit.....	10
8.5.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit	11
9. Wertung und Zuschlagskriterien	12
9.1. Ermittlung Wertungspreis.....	12
10. Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten und Form	13
10.1. Allgemeines.....	13
10.2. Form	13
10.3. Nachforderung	14
10.4. Aufklärung	14
11. Vorläufiger Zeitplan	14
12. Vergabeunterlagen	15

12.1. Unterlagen die dem Bewerber/Bieter zur Verfügung gestellt werden:	15
12.2. Unterlagen und Erklärungen, die mit dem Teilnahmeantrag ggf. vollständig ausgefüllt einzureichen sind:	16
12.3. Unterlagen und Erklärungen, die mit dem Angebot ggf. vollständig ausgefüllt einzureichen sind - vorläufig:	16
13. Allgemeine Hinweise und Informationen.....	17
13.1. Fragen und Auskünfte zur Vergabeplattform	17
13.2. Vertraulichkeit	17
13.3. Datenschutz	17
13.4. Kostenerstattung	17
13.6. Vertragsgrundlage/ Besondere Vertragsbedingungen	17
13.7. Gender-Hinweis	18
13.8. Vergabekammer	18

Vorwort

Ein erfolgreiches Vergabeverfahren lebt von einem konstruktiven Austausch zwischen Vergabestelle und Bietern. Daher werden interessierte Unternehmen ausdrücklich ermutigt, bei Unklarheiten, Verständnisfragen oder sonstigem Klärungsbedarf von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, Rückfragen zu stellen.

Dies gilt nicht nur für die Auslegung und das Verständnis der Vergabeunterlagen. Vielmehr begrüßt die Vergabestelle auch Hinweise, Anmerkungen oder fachliche Rückmeldungen zu den in den Vergabeunterlagen beschriebenen Anforderungen und Rahmenbedingungen, sofern diese aus Sicht der Unternehmen sachgerecht erscheinen und zur Optimierung des Vergabeverfahrens oder des späteren Leistungsgegenstands beitragen können.

Insbesondere werden die Unternehmen gebeten, auf technische, fachliche oder marktseitige Entwicklungen hinzuweisen, die bei der Erstellung der Vergabeunterlagen möglicherweise noch nicht berücksichtigt werden konnten. Sofern sich aufgrund des technischen Fortschritts, innovativer Lösungsansätze oder neuer Marktstandards Anpassungs- oder Ergänzungsbedarfe ergeben, können und sollen entsprechende Hinweise im Rahmen von Fragen eingebracht werden. Solche Hinweise sind nachvollziehbar darzustellen und fachlich zu begründen.

Die Vergabestelle wird sämtliche eingehenden Rückfragen und Hinweise sorgfältig prüfen und – soweit vergaberechtlich zulässig und sachlich geboten – bei der weiteren Durchführung des Vergabeverfahrens berücksichtigen.

Näheres hierzu regelt Ziff. 5.

1. Auftraggeber, Vergabestelle und Ansprechpartner

1.1. Auftraggeber

Neunkircher Verkehrs GmbH (kurz: NVG)
Wellesweilerstraße 146
66538 Neunkirchen

1.2. Vergabestelle

BPV Consult GmbH
Löhrstraße 113
56068 Koblenz

1.3. Ansprechpartner

Ulrike Böttcher-Raffauf

zu erreichen über den Kommunikationsbereich der Vergabeplattform; siehe auch Ziff. 5.

2. Gegenstand der Vergabe

Der Auftraggeber beabsichtigt 21 BEV-Bussen inkl. Schulung zu beschaffen. Der Auftraggeber behält sich Änderungen des Auftragswerts im zulässigen Rahmen nach § 132 Abs. 2 und 3 GWB vor.

Einzelheiten zum Auftragsgegenstand sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

3. Art der Vergabe

Das Vergabeverfahren wird als Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach § 15 SektVO durchgeführt.

Es handelt sich hierbei um ein europaweites Vergabeverfahren.

4. Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit anderen Unternehmen verbunden ist. Dies gilt insbesondere für Bietergemeinschaften.

5. Kommunikation mit der Vergabestelle

Die Kommunikation zwischen der Vergabestelle und den Bewerbern/Bietern während des gesamten Vergabeverfahrens hat ausschließlich über die Vergabeplattform (Kommunikationsbereich) zu erfolgen. Außerhalb des beschriebenen Weges über die Plattform werden Auskünfte nicht erteilt und sind – falls sie dennoch erteilt werden sollten – nicht verbindlich.

Etwaige Fragen der Bewerber/Bieter werden bei der Vergabestelle gesammelt, bearbeitet und zeitnah allen Bewerbern/Bietern gegenüber in anonymisierter Form beantwortet. Fragen und Hinweise der Bewerber/Bieter zum Vergabeverfahren oder zu den Vergabeunterlagen sind über

die Vergabeplattform rechtzeitig in deutscher Sprache einzureichen. Die den Bewerbern/Bietern übermittelten Antworten werden Gegenstand der Vergabeunterlagen.

Fragen der Bewerber/Bieter, sind bis **8 Kalendertage vor Ablauf der entsprechenden Abgabefrist** (siehe Ziff. 11) über die Vergabeplattform an die Vergabestelle zu senden. Rechtzeitig gestellte Fragen werden bis spätestens 6 Kalendertage vor Ablauf der jeweiligen Frist beantwortet (siehe Ziff. 11). Bei später eingegangenen Fragen behält sich die Vergabestelle vor, diese nicht mehr zu beantworten.

Auf die gesetzlichen Rügeobliegenheiten des § 160 Abs. 3 GWB wird ausdrücklich hingewiesen. Rügen sind eindeutig als solche zu kennzeichnen und ausschließlich über den Kommunikationsbereich der Vergabeplattform zu erheben. Sie sind in deutscher Sprache zu formulieren.

6. Hinweise zur Erstellung des Teilnahmeantrags bzw. Angebots

6.1. Verfahrenssprache

Die Verfahrenssprache ist Deutsch. Der Teilnahmeantrag bzw. das Angebot sowie sämtliche Anlagen, Nachweise, Erklärungen etc. sind in deutscher Sprache abzufassen und einzureichen.

6.2. Nebenangebote, mehrere Hauptangebote

Die Abgabe von Nebenangeboten und weiteren Hauptangeboten ist nicht zugelassen.

6.3. Zuschlags- und Bindefrist

Die Bindefrist beginnt mit dem Ablauf der Angebotsfrist und endet zum festgelegten Zeitpunkt (siehe Ziff. 11). Bis zum Ablauf der Bindefrist ist der Bieter an sein Angebot gebunden.

Die Zuschlags- und Bindefrist endet mit Ablauf des letzten Tages um 24:00 Uhr. Zur Wahrung der Frist genügt es, dass eine Zuschlagserklärung des Auftraggebers bei dem Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, eingeht (Vergabeportal, E-Mail, Post). Auf etwaige Büro- oder Dienstzeiten des Bieters kommt es dabei nicht an.

7. Verfahrensablauf

Es muss für die Dauer des Vergabeverfahrens ein verantwortlicher deutschsprachiger Ansprechpartner benannt werden (einzutragen in **Formblatt 3.1** bzw. **4.1**).

Das Verfahren wird in drei Phasen durchgeführt

- 1. Phase: **Teilnahmewettbewerb**
- 2. Phase: Bieterphase I **verbindliche Erstangebote**
- 3. Phase: Bieterphase II **Verhandlungen und verbindliche Folgeangebote** (bei Bedarf)

7.1. Erste Phase: Teilnahmewettbewerb

Die Bewerbung – der Teilnahmeantrag – ist innerhalb der gesetzten Bewerbungsfrist, bis zum

31.07.2026, 12:00 Uhr (Ende der Frist)

nach erfolgter Registrierung ausschließlich über die Vergabeplattform einzureichen.

Maßgeblich ist der Eingang des Teilnahmeantrags. Teilnahmeanträge, die nach Ablauf der Frist eingehen, werden ausgeschlossen. Dies gilt nicht, wenn der verspätete Eingang auf Umstände

zurückzuführen ist, die nicht vom Bewerber zu vertreten sind. Dies muss vom Bewerber unverzüglich nachgewiesen werden.

Das Risiko des rechtzeitigen Eingangs der Bewerbung trägt der Bewerber, es sei denn, er hat den Umstand für die Verspätung nicht zu vertreten.

Der Bewerber hat die Möglichkeit, alle für die Abgabe eines Teilnahmeantrags bestimmten Unterlagen zur Vereinfachung durch .zip (Dateiformat: .zip) oder .pdf zu bündeln und einzureichen.

Alle Bewerber, die die Mindestanforderungen erfüllen und als geeignet eingestuft werden, werden zur Abgabe eines Angebots aufgefordert.

7.2. Zweite Phase: Abgabe eines verbindlichen Erstangebots

Alle zugelassenen Bewerber erhalten nach dem Abschluss des Teilnahmewettbewerbs die Aufforderung zur Abgabe eines verbindlichen Erstangebots mit allen für die Angebotserstellung notwendigen Informationen.

Dies wird voraussichtlich am **10.08.2026** geschehen.

Der Ablauf der Frist für die Abgabe der Angebote ist für den **09.09.2026** geplant.

Die Angebote mit den im Aufforderungsschreiben geforderten Unterlagen sind innerhalb der dafür noch abschließend festzusetzenden Angebotsfrist ebenfalls über die Vergabeplattform hochzuladen.

Gefordert ist ein **verbindliches Erstangebot**. Dieses soll auf der Grundlage der vorgegebenen Vergabeunterlagen erstellt und kalkuliert werden. Abweichungen von den Vorgaben der Ausschreibung führen zum Angebotsausschluss. Der Auftraggeber behält sich ausdrücklich vor, im Laufe des Verfahrens Änderungen am Vertragstext und/oder an der Leistungsbeschreibung (auch bei Muss-Kriterien) vorzunehmen. Unveränderlich sind einzig die Zuschlagskriterien.

Aufklärung im Rahmen der Angebotsphase – Teststellung:

Der Auftraggeber kann nach Angebotsabgabe zusätzlich von einzelnen oder mehreren Bietern die Bereitstellung eines dem angebotenen vergleichbaren Fahrzeugtyp entsprechenden BEV-Bus verlangen, soweit dies zur Aufklärung des Angebots, zur Verifizierung der angebotenen technischen Lösung oder zum Kennenlernen eines dem Auftraggeber bislang nicht bekannten Fahrzeugtyps erforderlich ist. Die Fahrzeugvorstellung kann insbesondere eine Besichtigung und/oder Probefahrt umfassen. Eine gesonderte Bewertung erfolgt nicht. Die hierbei gewonnenen Erkenntnisse dienen ausschließlich der Auslegung, Verifizierung und Aufklärung der im Angebot enthaltenen Angaben/Unklarheiten.

Ort, Zeitpunkt und weitere Rahmenbedingungen werden den betroffenen Bietern gesondert mitgeteilt. Hierzu haben sich die Bieter – für den Fall der Aufforderung – bereits vorab das folgende Zeitfenster vorzumerken: KW 38 bis KW 40.

Vorbehalt von Verhandlungen

Der Auftraggeber beabsichtigt, den Zuschlag auf Grundlage der Erstangebote zu erteilen, ohne in Verhandlungen einzutreten (§ 15 Abs. 4 SektVO).

Die Bieter sind daher verpflichtet, bereits mit ihrem Erstangebot ein **vollständiges, verbindliches, uneingeschränkt wertbares und zuschlagsfähiges Angebot** einzureichen.

Die Bieter müssen daher davon ausgehen, dass

- keine Gelegenheit zur Nachbesserung oder Optimierung ihrer Angebote besteht und
- ihr Erstangebot die alleinige Grundlage der Zuschlagsentscheidung sein kann.

Angebote, die erkennbar auf eine spätere Verhandlungsrunde ausgerichtet sind oder wesentliche Punkte offenlassen, können vom weiteren Verfahren ausgeschlossen werden.

Der Auftraggeber behält sich vor, nach eigenem Ermessen sowie unter Berücksichtigung von Transparenz, Gleichberechtigung und Wettbewerb Verhandlungen durchzuführen und die Bieter zur Abgabe überarbeiteter Angebote aufzufordern.

Ein Anspruch auf Verhandlungen oder auf eine bestimmte Anzahl von Verhandlungsrunden besteht nicht.

7.3. Dritte Phase: Verhandlungen und verbindliche Folgeangebote (bei Bedarf)

Verhandlungen

Vorausgesetzt der Auftraggeber entscheidet sich doch für Verhandlungen, werden diese aller Voraussicht nach in der KW 41/42 2026 stattfinden. Anpassungen bleiben dem Auftraggeber vorbehalten. Die Bieter werden darüber entsprechend zeitnah informiert.

Darüber hinaus behält sich der Auftraggeber vor, die Verhandlungsrunde(n) online durchzuführen.

8. Angaben zum Bewerber/Bieter und zur Eignung

8.1. Unternehmensangaben

Der Teilnahmeantrag/das Angebot muss eindeutige und vollständige Angaben über das Unternehmen des Bewerbers/Bieters bzw. die Mitglieder einer Bewerber-/Bietergemeinschaft enthalten (insbesondere: Firma/Unternehmensbezeichnung, Rechtsform, Anschrift, E-Mail-Adresse, Name der Ansprechpartner). Die Angaben müssen aktuell sein und den Eintragungen im Berufs- bzw. Handelsregister entsprechen (soweit dort eine Eintragung erfolgt).

8.2. Bewerber-/Bietergemeinschaft

Eine Bewerber-/Bietergemeinschaft ist ein Unternehmenszusammenschluss von mindestens zwei Unternehmen zur gemeinschaftlichen Bewerbung um einen Auftrag oder eine Ausschreibung, mit dem Ziel, im Auftragsfall eine Arbeitsgemeinschaft zu gründen. Bei der Bewerber-/Bietergemeinschaft sind alle Unternehmen innerhalb dieses Zusammenschlusses gleichberechtigt und Vertragspartner gegenüber dem Auftraggeber. Alle Mitglieder haften als Gesamtschuldner.

Bei der Bildung einer Bewerber-/Bietergemeinschaft ist mit dem **Teilnahmeantrag** die Erklärung der Bewerber-/Bietergemeinschaft (**Formblatt 3.4**) einzureichen.

Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. §§ 122 ff. GWB muss von jedem Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft nachgewiesen werden. Dieser Nachweis wird durch das Einreichen der Eigenerklärung zur Eignung (**Formblatt 3.2**) durch **jedes Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft** erbracht.

Ein Wechsel von Mitgliedern einer Bewerber-/Bietergemeinschaft oder die nachträgliche Bildung einer solchen ist unzulässig.

Im Falle einer Bewerber-/Bietergemeinschaft kann eine (abgekürzte) Bezeichnung der Gemeinschaft als „Bewerber“/ „Bieter“ gewählt werden, wenn diese Bezeichnung hinreichend eindeutig

und bestimmt ist und die geforderten Angaben zu den Mitgliedern aus den weiteren Angaben und Unterlagen hervorgehen.

8.3. Unteraufträge

Die Vergabe von Unteraufträgen liegt dann vor, wenn der Hauptunternehmer (= Bieter) zur Erfüllung des Auftrags beabsichtigt, ein weiteres Unternehmen (= Unterauftragnehmer; partizipiert nicht aktiv mit im Verfahren) mit der Erbringung von Teilleistungen zu beauftragen. Der Unterauftragnehmer hat keine Vertragsbeziehung zum Auftraggeber, sondern lediglich zum Bieter. Vor Vertragsschluss (= mit Zuschlag) müssen die Unterauftragnehmer namentlich bekannt sein.

Beabsichtigt der Bewerber/Bieter Teile der Leistung an andere Unternehmen weiterzugeben (**Unterauftragnehmer/Nachunternehmer**), so hat er – soweit möglich – das Verzeichnis Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen (**Formblatt 3.5**) und eine Verpflichtungserklärung (**Muster Formblatt 3.6**) vollständig ausgefüllt mit dem Teilnahmeantrag abzugeben. Der Bewerber/Bieter muss Art und Umfang der vorgesehenen Leistungsbereiche in seinem Teilnahmeantrag bezeichnen.

Unterauftragnehmer dürfen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers eingesetzt werden sowie nur zu diesen Vertragsbedingungen und unter Einhaltung aller weiteren Vertragsbestandteile. Die Zustimmung kann bei Vorliegen wichtiger Gründe versagt oder widerrufen werden. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn ein Ausschlussgrund gemäß § 123 (zwingende Ausschlussgründe) oder § 124 GWB (fakultative Ausschlussgründe) vorliegt oder der Unterauftragnehmer die für die Leistungserbringung erforderliche Qualifikation nicht erfüllt.

Für die im Vergabeverfahren im Einzelnen bezeichneten Leistungsbestandteile und Subunternehmer gilt die Zustimmung mit dem Zuschlag als erteilt. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass er auch bei Einsatz eines Unterauftragnehmers alle vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Auftraggeber einhält. Der Auftragnehmer bleibt bei der Beauftragung von Unterauftragnehmern gegenüber dem Arbeitgeber weiterhin verantwortlich für die ordnungsgemäße Erfüllung des Vertrages.

8.4. Kapazitäten anderer Unternehmen (Eignungsleihe)

Bei der Eignungsleihe (=Kapazität anderer Unternehmen) leiht sich ein Unternehmen (= Bieter oder Bietergemeinschaft) die Eignung bei einem anderen Unternehmen. Die Eignungsleihe kann sich auf die wirtschaftliche & finanzielle und die technische & berufliche Leistungsfähigkeit beziehen. Bei der Eignungsleihe stehen „Leiher“ und „Verleiher“ in einem Vereinbarungsverhältnis zueinander. Es besteht keine vertragliche Beziehung zum Auftraggeber und aus der Eignungsleihe selbst geht keine Verpflichtung zur Ausführung einer Leistung hervor.

Nimmt der Bewerber/Bieter in Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer **Eignungsleihe** die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, so hat er neben dem Verzeichnis Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen (**Formblatt 3.5**) eine Verpflichtungserklärung (**Muster Formblatt 3.6**) vollständig ausgefüllt mit dem Teilnahmeantrag abzugeben.

8.5. Eignungskriterien

Die Eignung wird mit Abgabe des **Teilnahmeantrags** festgestellt. Die folgend geforderten **Erklärungen** und **Nachweise** müssen im Falle einer Bewerber-/Bietergemeinschaft durch diese insgesamt erfüllt sein. Es ist daher ausreichend, wenn mindestens ein Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft die geforderten Erklärungen und Nachweise erbringt bzw. wenn die Mitglieder gemeinsam bzw. in Summe die Mindestanforderungen erfüllen.

Beruft sich ein Bewerber-/Bieter hinsichtlich der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit auf Erklärungen/Nachweise eines Dritten/Nachunternehmers, sind die Erklärungen/Nachweise für den Dritten/Nachunternehmer gesondert beizufügen. In diesem Fall muss der Bewerber-/Bieter einen Verfügbarkeitsnachweis des Dritten/Nachunternehmers (z.B. auf **Formblatt 3.6**) vorlegen.

Ausländische Bieter haben gleichwertige Nachweise der für sie zuständigen Behörden/Institutionen ihres Heimatlandes beizubringen. Diese sind ins Deutsche zu übersetzen. Der Auftraggeber behält sich vor, für die Bestätigung der in der Eigenerklärung gemachten Angaben weitergehende Nachweise zu verlangen.

8.5.1. Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

Der entsprechende Nachweis wird folgendermaßen erbracht:

1. Aktueller **Handelsregisterauszug** oder ein vergleichbarer Nachweis über die Berufsausübung (siehe **Formblatt 3.2, Ziff. 2.1**), nicht älter als 3 Monate¹

***Hinweis:** Für Unternehmen, die nicht zur Eintragung verpflichtet oder ausländische Unternehmen sind, ist ein vergleichbarer Nachweis vorzulegen (vgl. **Formblatt 3.2, Ziff. 2.1**.)*

8.5.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Der entsprechende Nachweis wird folgendermaßen erbracht:

1. Vorlage der **Jahresabschlüsse** der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre einschließlich Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie gegebenenfalls Anhang und Lagebericht, soweit deren Erstellung nach dem Recht des Niederlassungsstaates des Bewerbers bzw. Bieters vorgesehen ist.

Soweit Jahresabschlüsse nach dem Recht des Niederlassungsstaates nicht erstellt werden oder einzelne Bestandteile nicht vorhanden sind, sind gleichwertige Nachweise vorzulegen, die dem Auftraggeber eine Beurteilung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit ermöglichen.

Der Auftraggeber wird die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit insbesondere anhand der aus den vorgelegten Unterlagen ableitbaren Kennzahlen beurteilen. Hierzu gehören insbesondere:

- Eigenkapitalquote,
- Verschuldungsgrad,
- Current Ratio,
- Cashflow-Deckung,
- EBIT-Marge,
- Umsatzentwicklung.

¹ Stichtag ist das Datum der Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrags gem. Ziff. 7.1

Die Kennzahlen werden vom Auftraggeber auf Grundlage der eingereichten Unterlagen ermittelt und im Rahmen einer Gesamtwürdigung beurteilt. Die zugrundeliegenden Berechnungsvorschriften können dem **Anhang 1** dieses Dokuments entnommen werden.

Zusätzlich berücksichtigt der Auftraggeber das Verhältnis des durchschnittlichen Jahresumsatzes der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre zum geschätzten Auftragswert. Bestehen aufgrund dieses Verhältnisses oder aufgrund der vorgelegten Finanzdaten Zweifel an der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit, kann der Auftraggeber ergänzende Nachweise, insbesondere zu Finanzierungs- und Liquiditätsmöglichkeiten, anfordern.

2. Eigenerklärung zur **Haftpflichtversicherung (Formblatt 3.8)** mit Angaben zur Deckungssumme Mindestanforderungen:

Der Nachweis einer **Betriebs- und Produkthaftpflichtversicherung** kann als Versicherungsnachweis/Versicherungsbestätigung oder als Absichtserklärung für einen Abschluss mit Zuschlagserteilung erfolgen (vgl. **Formblatt 3.8**).

Der Versicherungsschutz muss folgende Deckungssummen je Schadensfall aufweisen:

- **Personenschäden:** mindestens **10 Mio. €**
- **Sachschäden:** mindestens **5 Mio. €**
- **Vermögensschäden:** mindestens **1 Mio. €**
- **Produkthaftpflichtversicherung** inkl. Rückrufrkosten: mindestens **10 Mio. €**

Die vorgenannten Deckungssummen für jede Leistung müssen mindestens **zweifach maximiert pro Versicherungsjahr** zur Verfügung stehen.

Die Versicherung muss während der gesamten Vertragslaufzeit aufrechterhalten werden.

Hinweis: Der Auftraggeber behält sich vor, vor Zuschlagserteilung eine aktuelle Versicherungsbestätigung zu verlangen.

8.5.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Der entsprechende Nachweis wird folgendermaßen erbracht:

1. **Vergleichbare Referenzen** (einzutragen in **Formblatt 3.9**)

Mindestanforderungen:

Nachweis von mindestens **5 vergleichbare Referenzen** über die Lieferung von **batterieelektrischen Solo-Linienbussen** (11,5 bis 12,5 m) im ÖPNV-Linienbetrieb innerhalb der letzten 3 Jahre**Fehler! Textmarke nicht definiert.** (ab 01.01.2023).

Als vergleichbare Referenz zählen Aufträge, welche mindestens alle nachfolgenden Inhalte je Referenz aufweisen:

- Gesamtlieferung von mindestens 10 Fahrzeuge und
- Davon wurden mindestens 5 Fahrzeuge durch den Auftraggeber abgenommen und befinden sich bereits seit mindestens 2 Monaten ununterbrochen im regulären Linienbetrieb im Einsatz.

2. Nachweis der **Zertifizierung eines Qualitätsmanagementsystems** nach DIN IS 9001:2000 oder gleichwertiger Nachweis

9. Wertung und Zuschlagskriterien

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Dieses wird anhand des günstigsten Wertungspreises (**100 % Preis**) ermittelt.

9.1. Ermittlung Wertungspreis

Zur **Bildung des Wertungspreises** wird bei Erfüllung der nachfolgend genannten Qualitätskriterien ein jeweils festgelegter fiktiver Preisnachlass (siehe Preisblatt, Anlage 5) berücksichtigt.

Kriterien	Wertungspreisbildung
1. Grundangebot	= Grundpreis + Schulung
2. Batteriewechsel	- fiktiver Wertungspreisnachlass
3. Entfernung Werkstatt	- fiktiver Wertungspreisnachlass
4. Reichweite	- fiktiver Wertungspreisnachlass
	= Wertungspreis

Erläuterung der Qualitätskriterien:

1. **Grundangebot:** Der Wertungspreis für dieses Kriterium entspricht dem auf dem Preisblatt ausgewiesenen **Grundpreis** für die Lieferung der **21 Solo-BEV-Busse** (Pos. 1), inkl. **Schulung** (Pos. 2 aus 2a und 2b).

Ggf. ist eine 2. Batterie inkl. Wechsel zur Erfüllung der Anforderungen gemäß Leistungsverzeichnis (Anlage 1), Ziff. 3.2.2 einzukalkulieren.

2. **Batteriewechsel:** Die zugesicherte vollständige Nutzungsdauer der Ursprungsbatterie über die gesamte betriebliche Lebensdauer des Fahrzeugs reduziert Lebenszyklus-, Verfügbarkeits- und Technologierisiken signifikant. Hierdurch entstehen dem Auftraggeber Vorteile hinsichtlich Betriebssicherheit, Kalkulationssicherheit, Werkstattentlastung und Auswirkungen auf die Umwelt bei der Rohstoffgewinnung.

Der Bieter kann einen fiktiven Wertungspreisnachlass erhalten, sofern er gem. Leistungsverzeichnis (Anlage 1) Ziff. 3.2.2 keinen Batteriewechsel vornehmen muss.

3. **Entfernung betreuende Werkstatt:** Die Distanz der betreuende Werkstatt zu dem Betriebshof des Auftraggebers wirkt auf die Folgekosten bei dem Bedarf zur Überführung der Fahrzeuge von dem Betriebshof in die Werkstatt. Die Nähe der Werkstatt zu dem Betriebshof des Auftraggebers wird anhand der Luftlinie bewertet. Maßgebend für die Berechnung der Luftlinie ist die Einfahrt des Betriebshofes des Auftraggebers sowie der betreuenden Werkstatt.

Der Bieter kann einen fiktiven Wertungspreisnachlass erhalten, sofern sich die von ihm benannte Werkstatt in einer Entfernung von weniger als 50 km (Mindestvorgaben vgl. Leistungsverzeichnis, Anlage 1, Ziff. 1.6) zum Gelände der NVG befindet. Der maximale Nachlass wird gewährt, wenn sich die betreuende Werkstatt in einem Umkreis von bis zu 3 km befindet. Für Entfernungen von mehr als 3 km bis weniger als 50 km wird der Nachlass linear abgestuft.

4. **Reichweite:** Eine höhere Reichweite ermöglicht mehr betriebliche Flexibilität und Stabilität für den Auftraggeber. Maßgebend für die Wertung der Reichweite ist die Berechnung des Energieverbrauchs gemäß VECTO-Verfahren in Kombination mit dem nutzbaren Energieinhalt

der Batterie am ersten Tag der Fahrzeuglieferung. Der Bieter kann dann einen fiktiven Wertungspreisnachlass erhalten, sofern er eine höhere Reichweite als 350 km unter den parametrisierten Bedingungen des VECTO-Verfahrens anbieten kann.

10. Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten und Form

10.1. Allgemeines

Der Teilnahmeantrag bzw. das Angebot ist auf Basis der unveränderten Vergabeunterlagen zu erstellen. Änderungen des Bewerbers/Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig und führen zum Ausschluss vom Verfahren.

Für die Abgabe des Teilnahmeantrags/Angebots sind die geforderten Dokumente, Nachweise und Formblätter gem. Ziff. 12 dieser Aufforderung zur Abgabe auszufüllen und ggf. zu zeichnen (nach § 126b BGB) und innerhalb der jeweils dafür festgesetzten Frist ausschließlich über die Vergabeplattform einzureichen.

Sämtliche zur Verfügung stehende Vergabeunterlagen (inkl. Bewerber-/Bieterinformationen) sind zu beachten. Der Teilnahmeantrag bzw. das Angebot ist vollständig, in sich schlüssig, widerspruchsfrei und in deutscher Sprache zu erstellen.

Die Bewerber/Bieter haften für die Vollständigkeit und Richtigkeit aller in dem Teilnahmeantrag bzw. dem Angebot gemachten Angaben.

Durch die Abgabe des Teilnahmeantrags/ des Angebotes erklärt der Bewerber/Bieter, dass er die Vergabeunterlagen vollständig durchgearbeitet, geprüft und anerkannt hat.

10.2. Form

Der Teilnahmeantrag bzw. das Angebot sind ausschließlich in elektronischer Form über die Vergabeplattform

<https://dtvp.de/>

einzureichen.

Zur formgültigen Abgabe von elektronischen Teilnahmeanträgen oder Angeboten genügt die **Textform nach § 126b BGB**. Eine fortgeschrittene oder qualifizierte elektronische Signatur ist dafür nicht erforderlich.

Der Auftraggeber behält sich jedoch vor, die als PDF-Datei einzureichenden Unterlagen nach Abgabe des Teilnahmeantrags bzw. Angebots im Original unterschrieben nachzufordern. Des Weiteren behält sich der Auftraggeber vor, für die Bestätigung der in den Eigenerklärungen gemachten Angaben weitergehende Nachweise zu verlangen.

Soweit für Erklärungen Formblätter vorgesehen sind, sind ausschließlich die von der Vergabestelle vorgegebenen Formblätter zu verwenden. Diese sind an den dafür vorgesehenen Stellen vollständig und in deutscher Sprache auszufüllen.

Bis zum Ende der jeweiligen Frist kann der Teilnahmeantrag bzw. das Angebot zurückgezogen werden. Nach Ablauf der Frist ist eine Änderung oder Rücknahme eines eingereichten Teilnahmeantrags bzw. Angebots nicht mehr möglich. Mit Ablauf der Angebotsfrist ist der Bieter bis zum Ablauf der Bindefrist an sein Angebot gebunden (vgl. Ziff. 6.3).

Für die Abgabe eines Teilnahmeantrags/Angebots ist der Bewerber/Bieter angehalten sich frühzeitig mit den technischen Gegebenheiten der Vergabepattform sowie mit der Vorgehensweise der Abgabe auseinander zu setzen. Informationen dazu sind unter <https://support.cosinex.de/> zu finden.

10.3. Nachforderung

Der Auftraggeber ist nicht verpflichtet, Nachforderungen durchzuführen, sofern die Teilnahmeanträge bzw. Angebote ohne weiteres bewertbar sind.

Der Auftraggeber behält sich vor, unvollständige oder fehlende Erklärungen oder Nachweise nachzufordern. Hierauf besteht seitens der Bewerber/Bieter allerdings kein Anspruch. Die Vergabestelle ist auch berechtigt, unvollständige Teilnahmeanträge oder Angebote ohne Nachforderung auszuschließen. Die Bewerber/Bieter sind daher im eigenen Interesse aufgerufen, für einen vollständigen Teilnahmeantrag bzw. ein vollständiges Angebot Sorge zu tragen.

10.4. Aufklärung

Der Auftraggeber ist zur Aufklärung der Teilnahmeanträge oder Angebote sowie der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen, auch hinsichtlich etwaiger Unterauftragnehmer sowie anderer Unternehmen (Eignungsleihe) berechtigt. Zur Aufklärung können insbesondere erläuternde oder klarstellende Angaben des Bewerbers/Bieters verlangt werden.

11. Vorläufiger Zeitplan

Derzeit ist folgender überschlägiger Zeitplan vorgesehen:

Versand Auftragsbekanntmachung	29.06.2026
Veröffentlichung des Verfahrens	30.06.2026
Frist Rückfragen Teilnahmewettbewerb	23.07.2026
Frist Abgabe Teilnahmeanträge	31.07.2026, 12:00 Uhr
Zulassung Bieterphase verbindliche Erstantgebote	10.08.2026
Frist Rückfragen Bieterphase verbindliche Erstantgebote	01.09.2026
Frist Abgabe verbindliche Erstantgebote	09.09.2026, 12:00 Uhr
Bindefrist	30.12.2026
Vertragsbeginn	Die Vertragslaufzeit beginnt mit Zuschlagerteilung.

Der vorstehende Zeitplan gibt den derzeitigen Planungsstand des Auftraggebers wieder und ist lediglich indikativer Natur. Die Vergabestelle behält sich vor, den Zeitplan zu ändern, wenn er dies für erforderlich hält. Die Bewerber/Bieter werden über die Änderungen unterrichtet.

12. Vergabeunterlagen

Die Bewerber/Bieter werden aufgefordert, die Vergabeunterlagen unmittelbar nach Abruf von der Vergabeplattform auf Vollständigkeit und auf etwaige Unklarheiten hin zu überprüfen und weiterhin zu prüfen, ob alle Dateien fehlerfrei geöffnet und deren Funktionen genutzt werden können.

Enthalten die Vergabeunterlagen nach der Auffassung des Bewerbers/Bieters Unklarheiten, Lücken, Widersprüche oder Fehler, die die Erstellung des Teilnahmeantrags/Angebotes einschließlich der Preisermittlung beeinflussen können, oder hat der Bewerber/Bieter Zweifel an der rechtlichen, fachlichen oder rechnerischen Richtigkeit der Vergabeunterlagen (insgesamt „Fehler“ genannt), so hat er die Vergabestelle unverzüglich nach Erhalt der Unterlagen elektronisch über die Vergabeplattform darüber zu informieren.

Der Auftraggeber behält sich vor, innerhalb der Fristen Berichtigungen und Ergänzungen zu den Vergabeunterlagen vorzunehmen und diese allen beteiligten Unternehmen auf der Vergabeplattform zur Verfügung zu stellen. Die Bewerber/Bieter sind verpflichtet, sich regelmäßig zu informieren, ob die Vergabeunterlagen aktualisiert worden sind.

Sofern ein Teilnahmeantrag oder Angebot vor der Aktualisierung oder Ergänzung der Vergabeunterlagen abgegeben wurde, ist der Bewerber/Bieter verpflichtet, die letztgültigen Vergabeunterlagen (nach dem vorgenannten Zeitpunkt) nochmals zu prüfen und, sofern erforderlich, seine Unterlagen anzupassen bzw. erneut einzureichen. Unterbleibt eine entsprechende Anpassung/ Aktualisierung kann dies zum Ausschluss des Teilnahmeantrags oder Angebots führen.

12.1. Unterlagen die dem Bewerber/Bieter zur Verfügung gestellt werden:

- diese Aufforderung zur Abgabe (AzA)
 - Anhang 1: Erläuterung zur Wertung
- Anlage 1 Leistungsverzeichnis inkl. Anhänge
- Anlage 2 Vertragsgrundlagen
 - Anlage 2.1_Liefervertrag
 - Anlage 2.2_Vereinbarung Regiewerkstatt
- Anlage 3 Unterlagen zur Abgabe des Teilnahmeantrags (Formblätter)
 - Formblatt 3.1_Erklärung über die Abgabe eines Teilnahmeantrags
 - Formblatt 3.2_Eigenerklärung zur Eignung
 - Formblatt 3.3_Eigenerklärung zu weiteren Ausschlussgründen
 - Formblatt 3.4_Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung (falls erforderlich)
 - Formblatt 3.5_Verzeichnis Leistung/Kapazitäten andere Unternehmen (falls erforderlich)
 - Formblatt 3.6_Verpflichtungserklärung andere Unternehmen (falls erforderlich)
 - Formblatt 3.7_Eigenerklärung zur Verordnung EU 2022/576 Russland
 - Formblatt 3.8_Eigenerklärung Haftpflichtversicherung
 - Formblatt 3.9_Eigenerklärung Referenzen

- Anlage 4 Unterlagen zur Angebotsabgabe (Formblätter)

***Hinweis:** Die Unterlagen zur Angebotsabgabe werden spätestens mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe (vgl. Ziff. 7.2) vollständig zur Verfügung gestellt.*

- Formblatt 4.1_Erklärung über die Abgabe eines Angebots
- Formblatt 4.2_LCC-Datenblatt

- Anlage 5 Preisblatt

12.2. Unterlagen und Erklärungen, die mit dem Teilnahmeantrag ggf. vollständig ausgefüllt einzureichen sind:

- die **Jahresabschlüsse** der letzten drei verfügbaren Geschäftsjahre (siehe Ziff. 8.5.2)
- ein aktueller **Handelsregisterauszug**, nicht älter als 3 Monate (Stichtag ist das Datum der Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrags gem. Ziff. 7.1)
- einen Nachweis der **Zertifizierung eines Qualitätsmanagementsystems** (siehe Ziff. 8.5.3)
- die **Erklärung über die Abgabe eines Teilnahmeantrags** (Formblatt 3.1)
- die **Eigenerklärung zur Eignung** (Formblatt 3.2)
- die **Eigenerklärung zu weiteren Ausschlussgründen** (Formblatt 3.3)
- falls erforderlich, die **Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung** (Formblatt 3.4)
- falls erforderlich, das **Verzeichnis Leistungen/Kapazitäten andere Unternehmen** (Formblatt 3.5)
- falls erforderlich, die **Verpflichtungserklärung andere Unternehmen** (Formblatt 3.6)
- die **Eigenerklärung zur Verordnung EU 2022/576 Russland** (Formblatt 3.7)
- die **Eigenerklärung Haftpflichtversicherung** (Formblätter 3.8)
- die **Eigenerklärung Referenzen** (Formblatt 3.9)

12.3. Unterlagen und Erklärungen, die mit dem Angebot ggf. vollständig ausgefüllt einzureichen sind - vorläufig:

***Hinweis:** Die finale Übersicht der mit dem Angebot einzureichenden Formblätter, Dokumente, etc. wird spätestens mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe (vgl. Ziff. 7.2) bekanntgegeben.*

- das vollständig ausgefüllte Leistungsverzeichnis (Anlage 1)

***Hinweis:** Jeder einzelne Punkt ist ein wesentlicher Bestandteil zur Erfüllung der Anforderungen für die Angebotslegung und somit zur Erfüllung des Vertrags und berechtigt bei Nichteinhaltung der darin festgelegten Bedingungen zur Zurückweisung des Angebotes.*

Technische Angaben in den einzelnen Positionen sind, soweit sie nicht bereits vom Auftraggeber festgelegt sind, durch den Bieter einzutragen und gelten dann entsprechend als Bestandteil des Vertrages.

Sofern der Auftraggeber bestimmte Fabrikate vorgibt, sind auch gleichwertige Ausführungen zulässig. Bei Angebot einer gleichwertigen Ausführung ist das betreffende Bauteil eindeutig zu benennen. Der Angebotsabgabe ist hierfür jeweils eine ausführliche technische Produktspezifikation in deutscher Sprache beizufügen, die den Nachweis der Gleichwertigkeit belegt.

- **Herstellerinformationen** gem. Leistungsverzeichnis (Anlage 1) Ziff. 1.3
- die **Erklärung über die Abgabe eines Angebots** (Formblatt 4.1)
- das **LCC-Datenblatt** (Formblatt 4.2)
- das **Preisblatt** (Anlage 5)

13. Allgemeine Hinweise und Informationen

13.1. Fragen und Auskünfte zur Vergabeplattform

Der Support der Vergabeplattform ist über <https://support.cosinex.de/> zu erreichen.

13.2. Vertraulichkeit

Alle Unterlagen und Informationen, welche die Bewerber/Bieter im Rahmen des Vergabeverfahrens erhalten, sind von den Bewerbern/Bietern vertraulich zu behandeln. Die Vergabeunterlagen dürfen nur zur Erstellung des Angebots verwendet werden.

Jede Nutzung für andere Zwecke ist untersagt. Jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des Auftraggebers zulässig.

Wird kein Teilnahmeantrag/Angebot abgegeben, so sind alle Vergabeunterlagen in eigener Zuständigkeit zu vernichten.

Darüber hinaus verpflichtet sich der Bewerber/Bieter, auch gegenüber den Medien, bis zur Zuschlagserteilung keine Informationen über den Umstand seiner Beteiligung, den Stand des Vergabeverfahrens oder sonstige Umstände weiterzugeben.

Im Falle des Einsatzes von Drittunternehmen oder der Beteiligung von Bewerber-/Bietergemeinschaften gelten diese Bestimmungen entsprechend.

13.3. Datenschutz

Die vom Bewerber/Bieter erbetenen personenbezogenen Angaben (auch solche mit Personenbezug) werden im Rahmen des Vergabeverfahrens und - im Zuschlagsfall - für Zwecke der Vertragsdurchführung verarbeitet und gespeichert. Ihre Angaben sind Voraussetzung für die Berücksichtigung des Teilnahmeantrags/Angebots.

Informationen zum Datenschutz zum Betrieb von der Vergabeplattform sind über <https://dtp.de/datenschutz/> abrufbar.

13.4. Kostenerstattung

Eine Kostenerstattung oder pauschale Entschädigung für die Bearbeitung und Erstellung des Angebots wird nicht gewährt.

13.5. Form der Zuschlagserteilung

Die Auftragserteilung erfolgt elektronisch über die Vergabeplattform.

13.6. Vertragsgrundlage/ Besondere Vertragsbedingungen

Der Vertrag wird auf Basis des Vergabeverfahrens als Verhandlungsverfahren mit vorherigem Aufruf zum Wettbewerb geschlossen.

Alle Vergabeunterlagen inklusive der im Laufe des Vergabeverfahrens zur Verfügung gestellten Bewerber-/Bieterinformationen, ergänzenden Vertragsunterlagen und weitere Unterlagen werden Bestandteil der Vertragsunterlagen.

13.7. Gender-Hinweis

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form verwendet. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform hat nur redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.

13.8. Vergabekammer

Zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen können sich die Bewerber/Bieter wenden an:

Vergabekammer Saarland
Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie
Franz-Josef-Röder-Str. 17
66119 Saarbrücken
Telefon: +49 (0) 681 501-4994
Telefax: +49 (0) 681 501-3506
E-Mail: vergabekammer@wirtschaft.saarland.de